

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1674

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1674



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

EU-Mitgliedschaft

Positionspapier der young european swiss

*Die **young european swiss** / **yes** ist der Ansicht, dass die heutigen globalen Herausforderungen nicht im Alleingang bewältigt werden können. Mit einer zunehmenden Isolation riskieren die Schweiz und ihre Bevölkerung nicht nur ihren Wohlstand, sondern verlieren auch die Kontrolle über internationale politische Vorgänge. Die **yes** wünscht sich deshalb eine intensive und durchaus auch kontroverse Diskussion über das Verhältnis der Schweiz zu ihren Nachbarstaaten und insbesondere der EU. Im Endeffekt fordert die **yes**, dass die Schweiz Beitrittsverhandlungen mit der EU aufnimmt, so dass die Stimme der Schweizer Bevölkerung auf europäischer Ebene gehört wird.*

Supranationalismus als einzige Lösung

Die Welt hat sich in den letzten 50-60 Jahren dramatisch verändert. Während „Souveränität“ vor dem 1. Weltkrieg noch die Unabhängigkeit vom Einfluss von aussen bedeutete, umfasst sie heute vielmehr die Fähigkeit eines einzelnen Staates innerhalb eines Feldes von Partnerstaaten frühzeitig auf Entwicklungen, die ihn selbst betreffen, Einfluss zu nehmen. Die Globalisierung hat dazu geführt, dass sich beinahe alle relevanten Problemfelder grenzüberschreitend auswirken. Dadurch sind unbestreitbare Abhängigkeiten entstanden, die nur durch Zusammenarbeit angegangen werden können. Auch die Schweiz ist auf Teilnahme an solch transnationaler Zusammenarbeit angewiesen, da sie – nicht zuletzt durch ihre geographische Lage inmitten von Europa – die Herausforderungen der heutigen Zeit, wie Migration, Digitalisierung, technologischer Wandel, globale Kriminalität, Klimawandel und Terrorismus, nicht alleine meistern kann. Die Schweiz ist keine unabhängige Wohlstandsinsel, sondern in ihrem Wohlergehen und ihrem Schicksal eng mit ihren Nachbarstaaten verbunden. Die Globalisierung führt zudem dazu, dass das relative wirtschaftliche und demografische Gewicht Europas in der Welt stark rückläufig ist. Nur gemeinsam werden die Länder Europas sich in Zukunft in der Welt Gehör verschaffen und ihre Interessen durchsetzen können. Nicht zuletzt ist die EU weit mehr als eine reine Wirtschaftsunion: sie ist eine Gemeinschaft von Staaten, die auf internationaler Ebene für gemeinsame Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte eintreten – Werte, die auch die Schweiz teilt.

Nur Mitspracherecht bedeutet Möglichkeit der Verbesserung

In der Diskussion um eine EU-Mitgliedschaft dominieren in der Schweiz vor allem die negativen Aspekte der Europäischen Union. Einerseits werden viele positive Seiten der EU aussen

vor gelassen (Friedenssicherung, Jugendmobilität, Grundrechtsschutz), andererseits wird ignoriert, dass keines der aktuellen Probleme in der Beziehung zur EU dauerhaft ohne Mitgliedschaft gelöst werden kann. Paradoxe Weise klagen Gegner der EU über Zwängerei und fehlenden Einfluss auf Entscheidungen, die sie unmittelbar betreffen. Nur mit einer Mitgliedschaft würden der Schweiz alle Türen offenstehen, um die europäische Politik nach den eigenen Vorstellungen mitzugestalten und bestehende Probleme zu lösen. Für den in seiner modernen Demokratie so gestärkten Staat Schweiz sollte das Element des Mitspracherechts an entscheidender Stelle stehen.

Die Schweiz in der Sackgasse?

Die bilateralen Verträge mit der EU werden auch nach der Kontroverse um die Masseneinwanderungsinitiative von vielen politischen Akteuren als „Königsweg“ der Beziehungen zur Europäischen Union dargestellt. Die Schweiz ist jedoch ohnehin gezwungen, ihre Gesetze laufend dem EU-Recht anzupassen, um die Teilnahme am europäischen Binnenmarkt nicht zu gefährden. Bis heute hat die Schweiz über 50% Prozent ihres Rechts an EU-Recht angeglichen, womit sie ungefähr gleich viel EU-Recht übernimmt wie der Nachbar- und Mitgliedsstaat Österreich. Über kurz oder lang wird kein anderer Weg für die Schweiz zielführend sein, als sich für einen vollen Beitritt zur EU zu entscheiden.